Helfer beklagen Leid der Flüchtlinge an türkischer Grenze

5. März 2020



Bonn (KNA) Angesicht einer weiterhin kritischen Lage für Flüchtlinge an der türkisch-griechischen Grenze fordern Helfer rasche Unterstützung. Das Kinderhilfswerk Unicef machte am Dienstag insbesondere auf die Lage von Familien und Kindern aufmerksam. Die Staaten müssten alles in ihrer Möglichkeit Stehende tun, um ihnen weiteres Leid zu ersparen.

Es sei an der Zeit für europäische Solidarität mit Griechenland und der Türkei, die der Welt ihre Großzügigkeit bei der Unterbringung einer großen Zahl von Kindern und Familien gezeigt haben. „Kein einzelner Staat kann alleine Flucht und Migration managen“, heißt es.

Der Vorstand der Kindernothilfe, Carsten Montag, ergänzte: „Es ist einfach unerträglich zu wissen, dass heute Nacht wieder Kinder mit ihren Eltern völlig durchnässt und verzweifelt im Matsch sitzen und darauf hoffen, nach Europa zu gelangen.“ Statt einer Abschottungspolitik brauche es schnelle Hilfe. Die Organisation Save the Children forderte die EU-Mitgliedstaaten auf, das Recht auf Asyl an ihren Außengrenzen zu wahren.

Der Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki forderte bei einem Gottesdienst im Mainzer Dom im Rahmen der Bischofsvollversammlung: „Lassen wir uns ein auf die, die jetzt an den Grenzen Europas stehen und an unseren Grenzen anklopfen, die auf der Flucht sind vor Krieg und vor Terror."

Ähnliche Appelle hatten bereits Kirchenvertreter wie der ehemalige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, und Martin Dutzmann von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) geäußert. Der Vorsitzende der EU-Bischofskommission COMECE, Luxemburgs Kardinal Jean-Claude Hollerich, erklärte bei domradio.de: „Wenn wir nicht mehr fähig sind, Leute in größter Not aufzunehmen, dann soll man bitte den Diskurs über die christlichen Wurzeln Europas nicht mehr führen."

Das Hilfswerk Caritas international will sich unterdessen stärker auf den griechischen Inseln nahe der Türkei engagieren. Caritas-Präsident Peter Neher erklärte, bei allen diplomatisch-politischen Überlegungen trete völlig in den Hintergrund, dass es sich bei den Flüchtlingen „um Menschen handelt". Deren Instrumentalisierung durch die Türkei müsse verurteilt werden.

Die Menschenrechtsinitiative Seebrücke forderte von Europa, seine Grenzen für Geflüchtete zu öffnen. „Wir können nicht weiter zuschauen, wenn griechisches Militär und Frontex an der türkischen Grenze mit Tränengas, Blendgranaten und Wasserwerfern auf Kinder, Frauen und Männer schießen", sagte der Sprecher der Initiative, Sebastian Koch. Geflüchtete Menschen dürften nicht zum „Spielball politischer Interessen" gemacht werden.

Die Organisation Ärzte ohne Grenzen zeigte sich besorgt über die Unruhen in der Region. „Menschen in Not wird dadurch dringend benötigte Hilfe vorenthalten", so Koordinator Stefano Argenziano. Hilfsorganisationen müssten aus Sicherheitsgründen ihre Arbeit reduzieren.

Auf der türkischen Seite der Grenze harren derzeit nach UN-Angaben rund 13.000 Menschen – viele Geflüchtete aus Syrien – aus; darunter sind schätzungsweise 40 Prozent Familien mit Kindern.

© KNA. Alle Rechte vorbehalten. (KNA - kknkn-89-00202)

Stand: 24. November 2026